

# FDP fordert Sicherungsfonds für Windkraft

**ENERGIE** Für die Hälfte der Anlagen gibt es nach Erkenntnissen der Liberalen keine Bürgschaften

GT 7.11.14

**WIESBADEN** (dpa). In Hessen gibt es nach Erkenntnissen der FDP-Opposition für mehr als die Hälfte der bestehenden Windräder keine Bürgschaften. Der Abgeordnete René Rock verlangte deshalb am Donnerstag in Wiesbaden einen Sicherungsfonds des Landes, um beim Rückbau finanzielle Risiken für den Steuerzahler im Fall von Insolvenzen zu verhindern. Jeder

Betreiber einer Anlage müsse darin einzahlen. Die Auflagen des Landes für Rückstellungen sei zu gering.

Bisher sei in Hessen noch keine Anlage zurückgebaut worden, räumte der FDP-Abgeordnete ein, dessen Partei den „ungezügelter Zubau“ des Landes mit Windrädern verhindern will. Der Abbau sei aber nur eine Frage der Zeit, da Anlagen nach 20 Jah-

ren wegen Auslaufens der Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) keinen finanziellen Nutzen mehr hätten. Die ersten Windräder wurden Anfang der 1990er Jahre in Hessen errichtet. Derzeit gibt es 732 Windräder mit einer Leistung von 978 Megawatt.

Die in Hessen mitregierenden Grünen verwiesen darauf, dass die Betrei-

ber seit 2004 Sicherheitsleistungen für Kosten des Abbaus erbringen müssten. Außerdem gehe es derzeit meist nicht um Rückbau, sondern den Ausbau von Windrädern. Die Linke spotete, die FDP schlage eine „Don-Quixote-Abgabe“ vor. Die Liberalen hätten sich mit ihrem Anti-Windkraft-Kurs den „Kampf gegen Windmühlen“ zum obersten Ziel gesetzt.